

Ergebnis
an allen Verkäufen.
Bezugspreis
für Monat Dezember
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Herausgeber: 4246. 2278,
8110. 8249.

Vorkaufskonto für Deutschland: Nr. 6184 in Dresden.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Abonnementpreis
für Grundschriften im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 40.— M.
Reklameteil 120.— M.
Für Aufträge aus
Deutschland 3.50 M.
im Reklameteil 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Posna.

Czokowa Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Aussertzung bei der Bezieher Letzten Anstrengung auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Gibt es noch ein Russland?

Der jetzt üblich gewordene Name des großen osteuropäischen Reiches lautet Sowjetrussland (Betonung auf der zweiten Silbe), was deutsch „Räterussland“ heißt. Der Name erweckt die Vorstellung eines mehr oder weniger einheitlichen staatlichen Gebildes. Wie steht es damit?

In „Sowjetrussland“ wird gegenwärtig der Kampf zwischen zwei kommunistischen Richtungen zum Ausdruck gebracht, zugleich aber ein Kampf zwischen denen, die den Kapitalismus rücksichtslos und für immer beseitigen wollen, und den Anhängern einer Wirtschaftspolitik der Zugeständnisse. Die Scheidung der Geister ist deutlich: Bucharin und die Extremen des Marxismus und Sinowjew mit dem Exekutivkomitee der 3. Internationale, das ja auch gegen Lenins Politik protestiert hat, auf der einen Seite, — Lenin, Tschitscherin, der Volkswirtschaftsrat und die vielen Interessenten des neuen Kurses, Beamte und Bäcker der entnationalisierten Betriebe usw. auf der anderen Seite. Auf die Stimmung des russischen Volkes kommt es vorläufig noch nicht an. Nur auf die realen Machtfaktoren, d. h. die anderen Führer, die Außerordentliche Kommission und die Rote Armee, die Trotski besticht. Trotski hält sich in Schweigen. Nadel schreibt langatmige Aufsätze über die Weltlage. Von Trotski, seinen bewaffneten Nachneibern der Sowjetregierung in der Armee und der „Tscheka“, der außerordentlichen Kommission („Tschegowtchaja“), wird alles abhängen, — vor allem auch die Haltung der Massen in der Partei. Vor dem letzten Parteitagesse gelang es Lenin durch geschickte Stimmungsmache und ehriges Werben seiner Partei, ihm genehmene Wahlen vorzubereiten. Heute liegen die Verhältnisse wesentlich anders: die kommunistische Partei hat in den letzten Monaten einen eigenartigen Reinigungsprozess durchgemacht. Bis in die kleinsten Partezellen hinunter hat eine genaue Musterung der Parteimitglieder stattgefunden; die Vergangenheit, Haltung und Gesinnung jedes einzelnen ist durchforstet worden, und alle lauen, zweideutigen und irragwürdigen Elemente, besonders jedoch die Opportunisten, die als „Oktoberbolzhevisten“ (ähnlich den deutschen Novemberbolzhevisten) verdächtig waren, sind ausgestoßen worden. In einzelnen Bezirken hat der Parteidienst eine Verringerung um 40 bis 60 v. H. erfahren; zahlreichen kompromittierten Wahlausträfern, Gelehrtenverächtern und gefährlichen Subjekten ist der Prozeß gemacht worden. Diese gereinigte Partei ist somit eine einheitlichere, wenn auch verkleinerte, so faltkräftigere und verlässlichere geworden. Die Zusammenziehung der Delegiertenversammlung nach dieser Reinigung lässt sich daher in seiner Weise voraus berechnen. Allerdings scheinen Bemühungen vorzuliegen, die Wahlen zu beeinflussen. Es sind sehr eigenartige Direktiven ertheilt worden, denen zufolge der Parteikongress in verstärktem Maße von den roten Truppenteilen besichtigt werden soll, denen eine erhöhte Vertreterzahl zugestimmt wurde. Es heißt in diesen Verfügungen, es käme nicht so sehr an die Bannahme geregelter Wahlen, als auf die Entwicklung prinzipsielltreuer Kommunisten an usw. Demnach spielt sich alles immer mehr auf eine Machproberei der beiden Richtungen zu, wenn das Ringen um die Seele der Kommunisten, das bereits seit Monaten begonnen hat, kein eindeutiges Resultat ergibt.

Gegenwärtig ist Lenin bestrebt den Beweis zu erbringen, der neue Kurs bediente nur eine andere praktische Anfassung des Kommunismus und entspreche dem Marxismus. Mit haarscharfer Dialektik sucht Lenin zu beweisen, dass alle vorhergehenden Irrtümer, die niemand offener zugibt als er selbst, die Möglichkeit marxistischer Postulate nicht erschüttert hätten und jetzt der Kapitalismus wiederhergestellt werden müsse, damit später um so erfolgreicher der wahre Kommunismus durchgeführt werden könne. Er ist eben nicht nur einer der ausgeprochensten Real- und Machtpolitiker der neuesten Zeit, sondern auch ein unendlich geschickter, überlegener Führer des Volkes. Er erschüttert die Ideale nicht, er lässt sie den Massen in höchstem Glanze vorleuchten, um das Mandat zu erhalten — in der Gegenwart völlig anders zu handeln. Das Proletariat errang die Macht, um den Sozialismus zu verwirklichen — seine Führer vernichten den Sozialismus, um an der Macht zu bleiben: oder, um nach Lenins Worten, in ferner Zukunft ihn endgültig zu verwirklichen. Und deshalb erklärt Lenin heute: „Russland wird keine Kommune, sondern ein Großkaufmann sein!“

Diese sachlich unentrinnbaren Konsequenzen an die Wirklichkeit wollen die Marxisten nicht mimachen. Sie ziehen es vor, unterzugehen, als Abtrünnige zu werden. Da ist denn jeder Kompromiss ausgeschlossen: die innerpolitische Lage duldet keine Spaltung der Partei. Gelingt es die Opposition der Radikalen zu vernichten, so steht einer vollen Rückkehr zum Kapitalismus nun nichts mehr im Wege; dann erst haben die Machtmenschen mit dem Ausland einen Sinn, dann erst gewinnt die Erklärung, die Staatschulden Russlands zu zahlen, Bedeutung; dann erst ist es weitergehend wie bisher möglich, sich auf engere Handelsverbindungen mit Russland einzulassen. Denn dann braucht Lenin keine Rückübersicht mehr auf die letzten Reihen kommunistischer Ideen und Einrichtungen zu nehmen. Gelingt es die Bucharin und Kollektivisten, die Internationale und die Marxisten zu bändigen, dann ist es aber auch aus mit der Idee des wirtschaftlichen Kommunismus, wie mit dem Marxismus. Wie die deutschen Mehrheitssozialisten de facto

auf den Marxismus verzichtet haben und praktische Politik im demokratischen Staate treiben wollen zum Schutz der Republik — so dürfte auch fürderhin in Russland nicht mehr von diesen ausgelebten Dingen die Rede sein. Allerdings rückt man ab vom Traume und der Heilslehre von gestern. Aber was wird geschehen wenn es nicht gelingt, einen 9. Thermidor herbeizuführen, wenn nicht die Männer des Extrems, sondern die Gemäßigten gefürzt werden? Denn noch geben kann Lenin, menschlicher Voraussicht nach, nicht: dazu hat er sich zu sehr festgelegt, seine kommunistische Vergangenheit zu heftig verleugnet.

An diesem Kampf hängt Russlands Schicksal, wie dasjenige der kommunistisch-marxistischen Bewegung in aller Welt. Keine der russischen Parteien erscheint bereit und fähig, die Regierung zu übernehmen. Die Bauerndemokratie erscheint unorganisiert. Die Unruhen im Süden Russlands, erneut hervorgerufen durch den Ukrainer Petljura Einfall in Podolien und Wolhynien, finden allerdings die Unterstützung der Bauern, doch heißt dies noch keineswegs, dass man im Dorf eine allgemeine Erhebung denkt. Im Gegenteil, in Stadt und Land, besonders jedoch in den Hauptstädten, ist alles revolutionsmüde und sehnt Ruhe und eine langsame Entwicklung der Dinge herbei. Andererseits sind in den Sowjetrussland noch verbliebenen Randgebieten neue Absatzstellungen bestrebt gewesen. Alle Richtungen rebellieren gegen den Zentralismus der bolschewistischen Regierung; diese ist daher genötigt, eine, wenigstens nominell autonome, Sowjetrepublik nach der anderen innerhalb der Reichsgrenzen anzuerkennen. Es wäre daher richtiger, Sowjetrussland als „Vereinigte Sowjetstaaten Russlands“ zu bezeichnen. Die Sowjetregierung hat folgende unabhängige und autonome Republiken und Arbeitskommunen anerkannt:

1. Unabhängige Republiken. Aserbaidschan, Armenien, Weißenrussland, Georgien, Ukraine, Buchara, Chiwa. Diese sozialistischen Sowjetstaaten haben enge Wirtschaftsverträge mit Russland geschlossen, gelten jedoch als souverän und haben eine selbständige innere und äußere Politik.

2. Autonome Republiken. Baschkirien, Gorski (Vergrepublik des mittleren Kaukasus), Dagestan, der Kirgisenstaat, der Tatarenstaat und Turkestan. Die autonomen Republiken werden von ihren Sowjetkongressen, Zentralräten und vom Rat ihrer Volkskommissare verwaltet. Diese Organe entscheiden alle Fragen, die nicht der direkten Kompetenz der Zentralorgane der russischen Republik unterstehen. Alle Beziehungen zum Auslande regelt das Volkskommissariat des Auswärtigen in Moskau.

3. Autonome Gebiete der Botjakken, Kalmyken, Mari und Tschuvashen. Arbeitskommunen der Karelier und Wolgadeutschen.

Die autonomen Gebiete und die Arbeitskommunen besitzen lokale Selbstverwaltungskörper, Sowjetkongresse und Komitees, die in rechtlicher Hinsicht den Gouvernements-Exekutivkomitees gleichgestellt sind.

Aufruf des Komitees der großen Wilna-Woche.

Warschau, 19. Dezember. Das Komitee der großen Wilna-Woche, dessen Ehrenpräsident der Marschall Wojsciech Taczanowski ist, veröffentlicht folgenden Aufruf:

Stammesgenossen! Noch eine kleine Weile, und Wilna wird mit Polen wieder zu einem Gebilde vereinigt sein. Es nähert sich der historische Augenblick des Zusammenschlusses der so lange auseinandergerissenen Gebiete, die, durch feindliche Hände verbunden, zu einem Organismus zusammengetrieben sind und heute mit magnetischer Kraft der Interessen und der geistigen Strömungen zu einander streben. „Nach Polen!“ — so rast die Stimme von der „Straßram“ und der „Wawel“ antwortet mit starkem Echo: „Wir warten!“ Davon trennt uns nur noch ein Schritt. Das ist der Augenblick, wo sich durch den Wilnaer Sejm der gesunde Instinkt und Verstand des Wilnaer Landes ausspricht, und dieser Sejm, andere Angelegenheiten dem polnischen gegebenen Sejm überlassend, nur einmütig den Willen nach Einverleibung der Erde der Wielkie und Kosciusko fundirt und mit einem kategorischen: „So will ich, so befiehle ich!“ der Spalte der Erinnerung ein Ende macht. Wir glauben, dass es so sein wird. Freilich liegt die Sache nun nicht so, dass wir mit verschrankten Händen auf die Erfüllung unserer Wünsche warten können. Mit Schreden erfüllt uns schon das Gedanken, dass trübe Strömungen diese heilige Sache auf einen Abweg, in die Wirren einer unsicheren Zukunft leiten und dem polnischen Staate einen übermäßig starken Stoß zufügen könnten.

Stammesgenossen! Wir müssen jenen wirksame Hilfe bringen, die für die Sache der rücksichtslosen Verbindung des Wilnaer Gebiets mit Polen arbeiten. Tausende von Wahlern müssen an die Wahlurne gesandt und gesetzt werden. Alle müssen wir unter der Lösung arbeiten: „Unser Wilna!“ Auf uns schauen die „Straßram“ und „Tschestochau“. Möge daher unsere Zusammensetzung so stark sein, wie das Bestreben der Nation zur Vereinigung ist. Möge jeder, dem diese heilige Sache teuer ist, Opfer auf ihrem Altar bringen. Möge jeder Pole Bürger sein!

Bor den Wahlern.

Warschau, 20. Dezember. In Warschau weilt seit Sonnabend in Verbindung mit den Wahlern zum Wilnaer Sejm und dem Beschluss der letzten weißrussischen Tageszeitung die Delegation des weißrussischen Zentralrätes. Der Präsident Aleksinski kontrahierte mit dem Ministerpräsidenten Poniatowski, mit dem Minister Skirmunt und dem Staatspräsidenten. Posen und Danzig wandte sich breitlich an den Minister Skirmunt mit der Bitte, ihm den Text des offiziellen litauisch-polnischen Vertrages von der zwischen Aleksinski abgehielten Konferenz zu übersenden. Minister Skirmunt vertrug, das gewünschte Stenogramm zu schicken, was aber auf den nachstehenden Charakter der Unterredung hin.

Die Wiedergutmachungsfrage.

Die Antwortnote der Reparationskommission.

Berlin, 19. Dezember. (Telunion.) Die Antwortnote der Reparationskommission auf das deutsche Stundungsersuchen, die Sonnabend mittag durch den Berliner Vertreter der Reparationskommission im Auswärtigen Amt übermittelt worden ist, hat folgenden Wortlaut: Die Reparationskommission hat die Note des Reichskanzlers vom 14. d. M. empfangen, in welcher er bekannt gibt, dass die deutsche Regierung nicht in der Lage ist, die Raten der Jahresleistung vollständig zu zahlen, welche nach dem Zahlungsplane am nächsten 15. Januar und 15. Februar fällig werden, und in welcher er die Reparationskommission bitte, sich mit der Stundung eines Teiles dieser Fälligkeiten einverstanden zu erklären. Die Reparationskommission kann nur ihr Erstaunen darüber ausdrücken, dass sie in der Note des Reichskanzlers weder eine nähere Angabe über die Deviationsbeträge findet, welche die deutsche Regierung an jedem der Fälligkeitstage vom 15. Januar und 15. Februar nächsten Jahres zu liefern bereit sein würde, noch eine Erklärung darüber, welche Stundungsfrist erbeten wird, um den Restbetrag zu zahlen, noch das Angebot von Garantien für die Zwischenzeit. Bis die Reparationskommission diese näheren Mitteilungen erhalten hat, ist es ihr unmöglich, die Bitte der deutschen Regierung in Betracht zu ziehen oder zu prüfen. Die Reparationskommission stellt mit Bedauern fest, dass die Note des Reichskanzlers keine Angaben über die Maßnahmen enthält, die er angewendet hat, oder die er anzuwenden beabsichtigt, um dem Wunsche der Reparationskommission in ihrer mündlichen Erklärung vom 13. November und in ihrer Note vom 2. Dezember 1921, auf welche die Kommission noch einmal ausdrücklich verweist, zu entsprechen. Dubois. John Bradbury.

Der Reichskanzler über die deutsche Reparationsnote

Im Hauptausschuss des Reichstages hat der Reichskanzler Dr. Wirth in längerer Rede Stellung zu der gestrigen Note an die Reparationskommission und die durch sie geschaffene Lage genommen. Der Reichskanzler führt u. a. aus: Jeder, der die Note liest, die von Deutschland an die Reparationskommission gesendet worden ist, sei es in Deutschland, sei es im Auslande, wird sich bewusst sein, dass die deutsche Regierung damit einen politisch sehr bedeutsamen Schritt getan hat. Niemand in der Welt hat Ansatz an unserem ersten, festen und guten Willen zu zweifeln. Was wir tun konnten, um unseren Verpflichtungen nachzukommen, haben wir getan. Auch für die erste Milliarde trugen wir den Weg des Kredites beschritten. Wir haben Verpflichtungen im Januar und Februar von der Ihnen bekannten Höhe zu erfüllen. Diese Verpflichtungen können nur zum Teil durch Sachleistungen erfüllt werden. Es hat sich herausgestellt, dass diese Verpflichtungen aus dem Laufenden nicht erfüllt werden können. Wir haben verschiedene Meinungen gehabt, insbesondere bei der Anwesenheit der Reparationskommission in Berlin, die uns zunächst mündlich aufgefordert hat, alles zu versuchen, um die Januar- und Februar-Verpflichtungen zu erfüllen. Deutschland kann keinen Kredit bekommen, und zwar solange es unter den Bedingungen steht, die zurzeit die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands nach dem Londoner Ultimatum regeln. Die Sinnlosigkeit der Kreditaufnahme unter den bisherigen Zahlungsbedingungen ist von der Gegenseite selbst zum Ausdruck gebracht worden. Wer nun außenpolitisch irgendwie glaubt, dass der Tag der Erkenntnis, der gekommen ist, für die Welt auszunehmen sei, der möge mit der Regierung dafür sorgen, dass folgende Maßnahmen möglichst bald zum Abschluss kommen:

1. Dass wir unsere Stats möglichst rasch verabschieden;
2. dass es sich in den Kommissionen, die sich mit der Frage der großen Reichsverwaltungen, Post und Eisenbahnen, zu befassen haben, nicht mehr darum handeln kann, diese oder jene Anforderung, etwa der Postgebühren, um einige Millionen herabzusetzen.

Wir sehen mit großer Spannung der Besprechung der alliierten Staatsmänner entgegen. Wir wollen diesen Besprechungen nicht voreitigen, vor allem nicht durch eine unnötige Polemik. Die Auffassungen, die in Frankreich vielfach gehegt werden sind, als ob es nur vom guten Willen Deutschlands abhänge, die Milliarden Goldscheffelweise auf den Tisch zu schütten, werden hinter der großen weltpolitischen Notwendigkeit zurücktreten. Nicht nur wir in Deutschland haben vielfach eine Schweinwirtschaft. Es ist kaum jemals in den vergangenen Jahren, die für uns ein fortgesetzter Leidensweg und Kreuzweg gewesen sind, in der Welt mit so klarem Blick die Wirtschaftsseite gegenüber den reinpolitischen Erwägungen des Siegers in den Vordergrund getreten. Die Lage gilt es nur politisch für das deutsche Volk auszugestalten, dass wir — darüber kann ich natürlich leiserlei Versprechungen abgeben — zu einer ersten und wahren Besprechung der Verpflichtungen kommen, die man Deutschland in der Stunde des Triumphes vor der Gegenseite auferlegt hat. Die Lage werden wir nur eben können, wenn wir hier im Deutschen Reichstage entschlossene Parteien finden, die hinter die Regierung treten, und die innerpolitischen Notwendigkeiten der außenpolitischen Lage unterordnen, deren Auslöse ich genügend gekennzeichnet zu haben glaube.

Reparationsproblem und Koalitionserweiterung.

Berlin, 19. Dezember. Die „Germania“ schreibt: Im Zusammenhang mit den schwierigen Fragen des Reparationsproblems sind Gerüchte aufgetaucht, die darauf abzielen, dass jetzt die Gelegenheit gekommen sei, die Frage der Koalitionserweiterung zum Abschluss zu bringen. Diesen Gerüchten gegenüber stellt die „Bundesparlamentskorrespondenz“ die Tatsache fest, dass eigentlichkeits Verhandlungen bezüglich einer Erweiterung der Koalition im Augenblick weiter geführt werden noch beabsichtigt sind, unbeschadet des Gedankens der großen Koalition überhaupt. Etwas ganz anderes sei es natürlich, ob nicht das gegenwärtige Reichskabinett durch die eine oder andere Persönlichkeit in nächster Zeit zu ergänzen sei, wie z. B. die Posten der Reichskanzler, des Auswärtigen Amtes, die zurzeit noch vom Reichskanzler Dr. Wirth vermauert werden, sowie das Reichsfinanz- und das Ernährungsministerium, welche Dr. Hermann leitet, und weiter das Wiederaufbauministerium. Möglich sei es jedoch, dass in nächster Zeit die eine oder andere Persönlichkeit in die Regierung eintritt bzw. wieder eintritt.

Briand in London.

Der französische Ministerpräsident ist am Sonntag abend in Begleitung Louchers und Bartholomäus in London eingetroffen. Zu gleicher Zeit soll auch der frühere deutsche Wiederausbauminister Rathenau angekommen und in demselben Hotel wie Briand und Louchet abgestiegen sein. Die Besprechungen zwischen Briand und Lloyd George sollen sich auf folgende Punkte erstrecken: deutsche Entschädigungszahlungen, Entwaffnung Europas, englisch-französische Beziehungen und Streit um Angora.

Nach dem "Daily Mail" wird Briand während der Verhandlungen mit Lloyd George in London die unverzügliche Absendung einer Kontrollkommission nach Deutschland fordern, um die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands zu prüfen. In manchen Londoner Kreisen versteckt man, daß der englische Finanzminister einen Plan über die Regelung der Entschädigungsangelegenheiten Deutschlands bearbeitet. Unter andern wird die Frage von Zollgrenzen besprochen, die die Zufuhr von Waren, die in den Verbundstaaten hergestellt werden, nach Deutschland erschweren.

In Kreisen, die dem Ministerpräsidenten Briand nahestehen, ist man der Ansicht, daß die deutsche Seite für ihn keine Überzeugung bedeutet. Briand werde in London mit aller Ernsthaftigkeit die Interessen Frankreichs verteidigen. Er wird fordern, daß die Deutschen so zahlen, wie dies in dem Plan der Mächte vorgesehen ist. Es ist sicher, daß England Deutschland zu dieser Konferenz folgende bauliche Mitteilung: In der Begrüßungsansprache betonte Minister Schiffer, daß die wahre Demokratie die Mitarbeit jedes einzelnen Bürgers im Staate bedeute und deshalb die Zusammenarbeit aller für das gemeinsame Wohl fordere. In diesem Sinne hofft die Delegation um Unterstützung der ganzen oberschlesischen Bevölkerung in ihrer schwierigen Aufgabe. Weiter führte der Minister aus, daß das Wirtschaftsleben Oberschlesiens darum eine so hohe Entwicklung erreicht hat, weil es sich auf dem Boden einer gesunden Bevölkerung, die national aufgelaßt war, entwickeln konnte. Die kulturellen und geistigen Kräfte müßten vor allem gepflegt werden. Wenn alle Schichten gemeinsam die Gegensätze der Privatinteressen beiseitigen und sich zu einem gemeinsamen Kampf für die Aufrechterhaltung der deutschen Kultur verbünden, dann kann Deutschland die Hoffnung haben, daß für Oberschlesien und ganz Deutschland wieder einmal die Sonne scheinen wird. Auf die Ansprache Schiffers antwortete der Vorsitzende der deutschen Abteilung, Landrat Lukaschek,

Keine offiziellen Absichten einer allgemeinen Finanzkonferenz.

Kürzlich sind vielfach Nachrichten aufgetaucht, daß von den europäischen Mächten, einschließlich England, versucht werde, eine Wirtschaftskonferenz über die allgemeinen Finanz- und Zollfragen zu veranstalten, zu der auch Amerika aufgesfordert werden soll. Bei der britischen Botschaft oder bei der Delegation in Washington sind solche Absichten nicht bekannt.

Aus Oberschlesien.

Die Grenzregulierung.

Kattowitz, 19. Dezember. Die Grenzkommission hat die Grenze im Industriegebiet, von der Chaussee Nieborowitsh-Dolna-Wilcza im Kreise Lubin bis zur Chaussee Gleiwitz-Tarnowitz in der Nähe des Tarnowitzer Waldes im Kreise Tarnowitz festgelegt. In diesem Abschnitt wurde die Grenze Linie durch Anerkennung folgender Gebiete an Polen berichtigt: 1. Der südliche Teil der Gemeinden Rattendorfhammer-Nieborowitsh einschl. des Abschnittes der Chaussee Pischowitz-Knurow, die den südlichen Teil von Rattendorfhammer-Nieborowitsh durchschneidet; 2. die sogenannte Szumierski-Mühle, die südlich des Beuthener Wassers liegt; 3. die Kohlenbergwerke Carnals-Freude südlich von Beuthen; 4. das Gebiet östlich der Gemeinde Nohberg als Schuppen für die Eisenbahlinie von Tarnowitz nach dem Bergwerk Andalusia; 5. der Abschnitt des Gebietes der Gemeinde Beuthen, der die sogenannte Eisenbahlinie durchschneidet. Die Deutschen forderten: 1. das Gebiet nördlich der Chaussee Pischowitz-Knurow, das zur Gemeinde Dolna-Wileja gehört; 2. die Eisenbahlinie Mizera im Kreise Gleiwitz; 3. das Gebiet südlich der Grube Poreba-Bagovitsch und der Grube Poreba-Ruda; 4. die Schäden, welche zu der Grube Königin Ludwiga, westlich von Ruda einschl. des Kirchhofs von Ruda bis Beuthen gehören; 5. das Bergwerk Ladzianka und dem dazugehörigen Eisenbahnhalt Tarnowitz-Bergwerk Andalusia; 6. das ganze Gutsgebiet Stroszel einschl. des Balzes der Hütte Hugo und ihrer Kohlenschäden. Besonderen Nachdruck legten die Deutschen auf die Bergwerke Golthei, Ruda, Hammer, einschl. des Lazarets,

des Bergwerks Ladzianka und des Guts Stroszel. Es gelang der polnischen Delegation diesen Teil des Gebiets zu retten. Außerdem erhielt sie Ruda-Poreba, jedoch ohne die Schäden, die zu dem Bergwerk König Ludwig westlich von Ruda gehören. Ebenso gelang es, Mizera in polnischen Besitz zu bekommen. Den Deutschen dagegen fiel aus der von Ruda-Kammer der Abschnitt des unbewohnten Gebiets zu. Zwischen der polnischen und deutschen Delegation wurde eine Einigung nicht erzielt. Dagegen wurde die oben angegebene Grenze im Sinne des Antrags der Alliierten-Kommunisten durch Stimmenmehrheit festgesetzt.

Eine Konferenz der deutschen Vertreter.

Kattowitz, 19. Dezember. (PAT.) Am Sonntag fand in Beuthen eine Begegnung zwischen dem Minister Schiffer, dem Bevollmächtigten der deutschen Regierung, und den Mitgliedern der deutschen Abteilung für Oberösterreich statt. Sechzig Mitglieder waren erschienen, um einen vertraulichen Meinungsaustausch über die Wirtschaftsverhandlungen in Oberösterreich zu führen. Die deutschen Zeitungen bringen über den Verlauf dieser Konferenz folgende bauliche Mitteilung: In der Begrüßungsansprache betonte Minister Schiffer, daß die wahre Demokratie die Mitarbeit jedes einzelnen Bürgers im Staate bedeute und deshalb die Zusammenarbeit aller für das gemeinsame Wohl fordere. In diesem Sinne hofft die Delegation um Unterstützung der ganzen oberschlesischen Bevölkerung in ihrer schwierigen Aufgabe. Weiter führte der Minister aus, daß das Wirtschaftsleben Oberschlesiens darum eine so hohe Entwicklung erreicht hat, weil es sich auf dem Boden einer gesunden Bevölkerung, die national aufgelaßt war, entwickeln konnte. Die kulturellen und geistigen Kräfte müßten vor allem gepflegt werden. Wenn alle Schichten gemeinsam die Gegensätze der Privatinteressen beiseitigen und sich zu einem gemeinsamen Kampf für die Aufrechterhaltung der deutschen Kultur verbünden, dann kann Deutschland die Hoffnung haben, daß für Oberschlesien und ganz Deutschland wieder einmal die Sonne scheinen wird. Auf die Ansprache Schiffers antwortete der Vorsitzende der deutschen Abteilung, Landrat Lukaschek,

Bericht der deutschen Delegation.

Kattowitz, 19. Dezember. Die Unterausschüsse für Zoll- und Gütekontrolle, Eisenbahn, Post, Wasser und Elektrizitätswirtschaften versammelten sich gestern im Beuthener Rathaus zu einer gemeinsamen Sitzung. Die Beratungen, welche den Grenzverkehr betreffen, hatten befriedigenden Verlauf und werden am Montag unter Vorsitz des polnischen Delegations fortgesetzt. In dem Unterausschuß für Wasser und Elektrizität fand ein gegenseitiger Meinungsaustausch über die Bildung einer gemeinsamen Verwaltung für die Wasser- und Elektrizitätsanlagen statt. Die Frage der Schuhkreise für Wasser wurde dem zehnten Unterausschuß überwiesen. In dem Unterausschuß für Finanzen gelang es nicht, ein völliges Einvernehmen zu erzielen. Die Verhandlungen werden nach den Feiertagen fortgesetzt. Der Unterausschuß für soziale Fürsorge beriet über den oberschlesischen Grubenverband. Allgemein wurden die deutschen Vorschläge über die Versicherung bei Unfällen, Arbeitsunfähigkeit und Rentenversicherung angenommen. In einer vertraulichen Sitzung berichtete der Leiter des deutschen Unterausschusses den Vertretern der deutschen Berufsverbände über den Verlauf der Verhandlungen. In dem Unterausschuß für Rechtsangelegenheiten wurde über die Optionsfrage beraten. Die Verhandlungen wurden bis zum 3. Januar verlängert. Die Beratungen der einzelnen Unterausschüsse zum Schutz der nationalen Mindestrechte ergaben endgültig eine Formulierung der deutschen Forderungen, die der polnischen Seite vorgelegt werden. Auf Wunsch der Polen wird die deutsche Seite ebenfalls ihre Anträge in Religionsfragen formulieren.

Aufstandsschäden.

Die "Ostdeutsche Morgenpost" schreibt aus Oppeln: Die Internationalisierte Kommission erließ eine Verordnung, nach der die Schäden aus dem polnischen Aufstand vom Mai und Juni bis 1. Januar 1922 bei den neuerrichteten Kreisausschüssen schriftlich anzumelden sind. In jedem Kreise wird ein Ausschuß zur Feststellung der durch die Aufstandsbewegung verursachten Schäden eingesetzt. Ferner wird ein Zentralausschuß für das ganze Oberschlesiens eingesetzt. Der Sitz des Zentralausschusses wird Oppeln sein. Die Kreisausschüsse haben ihren Sitz in den Hauptorten der Kreise mit der Zuständigkeit für das ganze Kreisgebiet. Jeder Geschädigte kann gegen die Entscheidung des Kreisausschusses beim Zentralausschuß Berufung einlegen, und zwar innerhalb zehn Tagen nach Empfang des Schreibens, mit dem ihm die Entscheidung des Kreisausschusses zugeht. Verloren- und Sachschäden müssen in der Zeit zwischen dem 2. Mai einschl. und dem 3. Juli einzöglich entstanden und eine unmittelbare Folge der Aufstandsbewegung oder durch lebhafte herborgerufene Handlungen sein. Als Geschädigter ist anzusehen der Eigentümer oder jede andere Person, auf der die gesetzliche Verantwortung für den Verlust oder die Beschädigung der Sache ruht. Die am Aufstand aktiv beteiligt gewesenen Personen (Insurgenten) sind nicht entschädigungsberechtigt.

Und all das Dunkle, Gemüterschwüle, das sie aus den Mienen der Leute las und im Hause mehr fühlte als begriff, schien ihr durch das Geschehene erklärlich genug.

Wie hätten Justina und Andres jetzt nicht verstört aussehen sollen, wenn sie angesichts des traurigen Endes, das der arme, alte Mann gefunden hatte, an all die unsfreundlichen Worte denken mußten, die sie ihm oft gegeben?

Nur eines beunruhigte sie ernstlich: daß Konrad keinen Versuch mache, sich ihr zu nähern. Damals, am Vorabend des Morbes, hatten sie einander nur flüchtig gesprochen, als sie um Wasser zum Hausbrunnen gingen.

Er war gerade aus der Arbeit gekommen, und als er sie erblickte, war ein heller Schein über sein Gesicht geblitten. Nasch war er dann zu ihr getreten.

"Marei — ist's wahr? Hast mich wirklich lieb?"

Vor Schreck wäre ihr beinahe die Kanne entfallen. Antwort brachte sie keine heraus. Aber ihre Augen mußten doch wohl geantwortet haben, denn er murmelte plötzlich weich:

"Ich danke Dir, Marei! Gehofft habe ich's kaum — Du warst immer so scheu zu mir. Aber jetzt — heute habe ich mit Deiner Schwester geredet, weißt Du das schon?"

"Nein . . ." Ich sag' Dir's morgen. Heut muß ich noch einmal fort. Dann sitzt dort drüber auch der Schuster . . . ich mag nicht, daß die alte Platschbase zuerst es merkt. Über morgen abend im Garten, geht? Ich pfesse Dir. Gelt, ich darf?"

"Ja . . ." Dann war er gegangen. Und am nächsten Abend — wie war's da grausig gewesen! Ganz verstört saß sie bei der armen Toni und weinte . . . da war keine Zeit, um an Liebe zu denken. Schreck und Entsetzen lag über dem Brintnerhof . . .

Aber nun hatte er sie gerufen . . .

Die Nationaldemokraten und Kommunisten in Ostgalizien.

Der "Narzecz" brachte einen Artikel unter der Überschrift: "Die Tollheit im Grenzgebiet", in welchem das Blatt sich folgendermaßen äußert:

"Die Art, wie man gegenwärtig mit den Ukrainern in Ostgalizien verfährt, ist ein Verbrechen, das an der polnischen Republik durch unverantwortliche Wahnsinn begangen wird. Seit jeder Woche, ja fast jeden Tag kommen aus Lemberg Nachrichten über immer neue Massenverhaftungen und Revisionen unter den dortigen Ukrainern.

Die Einmischung der Entente, besonders Englands, muß die Wirtschaftswirtschaft der Nationaldemokratie in Ostgalizien beschleunigen. Mit den Lemberger Nationaldemokraten arbeiten die dortigen Kommunisten zusammen, welche für die Angliederung Ostgaliziens an die Mährisch-Ukrainen tätig sind und den Nationaldemokraten bei der Zurückweisung der Autonomie für Ostgalizien behilflich sind."

Der "Narzecz" weist des weiteren auf das durchaus nicht gefährliche Verhalten der Ruthener in Lemberg und das ihnen von polnischer Seite zugefügte Unrecht hin.

Die Güter der toten Hand.

Warschau, 19. Dezember. Am Sonnabend fand im Präsidium des Ministerrates eine gemeinsame Sitzung aller Minister und des bischöflichen Komitees statt, um über die Überweisung der Güter der toten Hand an den Staat zu Parzellierungszwecken zu beraten. Die Regierung stellt vier Grundsätze auf, und zwar: Übernahme der Güter der toten Hand, die sich in kirchlichem Besitz befinden, die Beibehaltung von 8 bis 15 Hektar für die Präbuden und für die Kirchenbediensteten, Regelung der Angelegenheit jener Güter, die früher der Geistlichkeit gehörten und die im Besitz des Staates bisher nicht parzelliert wurden, und Berechnung der aus dem Verlauf zwischen Staat und Kirche erzielten Summen für Kirchengüter. Weil von den Bischöfen eine Reihe von Gegenvorschlägen erhoben wurden, vertrat man die Beratungen.

Neue Wahlkreiseinteilung.

Zu der Sitzung des Verfassungsausschusses wurden für Ostgalizien 6 Kreise festgelegt, von denen die Stadt Lemberg einen Kreis mit 4 Mandaten bildet. Über das östliche Kleinpolen wurde die Ausprache noch nicht zu Ende geführt. Der Wahlbezirk Wolynien wurde in 4 Unterbezirke geteilt und zwar: Kreis Nowy mit 4, Lwów mit 4, Dubiecko mit 6 und der Kreis Nowy mit 5 Mandaten. Der Wahlbezirk Polesti besteht aus 2 Unterbezirken: Sanok-Pišk mit 6 und Nowy Sącz mit 5 Mandaten. Der Wilnaer Wahlbezirk wurde in 4 Unterbezirke geteilt und zwar: Wilna-Troki mit 4, Wilna-Lida mit 8, Brzostek-Swigiyan mit 6 und Nowogród-Sandomierz mit 7 Mandaten. Der Bezirk Bielsko-Lubiel wurde in 7 Unterbezirke geteilt und zwar: Samojsiek mit 5, Lubiel mit 5, Krasnystaw mit 5, Radzionów mit 5, Zeisk mit 5, Bielsko mit 5 und Grodno ebenfalls mit 5 Mandaten.

Das neue rumänische Kabinett.

Bukarest, 19. Dezember. Das neue rumänische Kabinett ist endgültig gebildet. Es setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Finanzminister Take Jonescu; auswärtige Angelegenheiten Drăuș; Kriegsminister Holban; Innensenator Camarașescu; Justizminister Stefan Popescu; Kultusminister Dumitrescu; Minister für staatliche Güter Blădescu; Industrie und Handel Osmol; Landwirtschaftsminister Demetrescu; öffentliche Arbeiten Luca Sievieș; Verkehrsminister Oihodariu; Arbeitsminister Tețeș; Minister für öffentliche Auflärung Miricescu; Minister für Siebenbürgen Bredeceanu. Der Ministerpräsident hat dem König schon die Liste des neuen Kabinetts vorgelegt.

Die irische Debatte im Unterhaus.

Bei Wiederannahme der irischen Debatte warnte Lloyd George das Parlament davor, irgendwelche Änderungen am Vertrag mit Irland vorzunehmen, da dadurch wieder die gesamte Frage von neuem auferstehen würde. Asquith trat in seiner Rede für den irischen Vorwurf ein.

Churchill kam auf die Einzelheiten des Abkommens zu sprechen und sagte, offenbar hat England sehr große Zugeständnisse an Irland gemacht, aber in Zukunft werden sich daraus Vorteile für das britische Reich ergeben. Dann ergriff Bonar Law zum ersten Male seit seiner Krankheit das Wort und trat mit Wärme für das Abkommen ein.

Der Vertrag ratifiziert.

Der irische Vertrag wurde am Sonnabend mit bedeuternder Stimmenmehrheit von beiden Kammern ratifiziert. In der Lordlammer war das Stimmenverhältnis 47 zu 166.

Marei erschrak ein wenig, als sie nun im Fluren, kühlen Licht des Mondes Konrad erblickte.

Er schien ihr fremd. So bleich! So ernst!

Und ernst sah er ihr auch in die Augen, als er, ihre Hände nehmend, sagte: "Marei — zum Schöntun ist's jetzt nicht die Zeit, das fühlst Du selber, gelst? Aber wie's auch kommen mag — das eine muß ich Dich fragen: kann ich mich verlassen darauf, daß Du mir gut bleibst?"

Sie starnte ihn bestürzt an. Seine Worte waren seltsam. Ganz anders, als sie erwartet hatte.

"Wie's auch — kommen mag? Ja, was soll denn noch kommen?" stammelte sie, von unbestimmter Angst erfüllt.

Er atmete schwer und blickte an ihr vorüber.

"Man weiß, halt nicht . . ." "Konrad! . . . Was ist Dir? Du verheilst mir etwas? Was . . . ?"

Statt aller Antwort riss er sie an die Brust, sturmisch, wie sie nie gedacht hätte, daß er so sein könnte.

"Ich habe Dich lieb, Marei! Daran halte fest! Das denk' und sonst nichts . . . nichts . . . Und sag' mir, ob Du mich lieb hast und an mir festhalten willst?"

"Ja — ja — immer! Immer!" stammelte sie.

Seine Lippen preßten sich auf die ihren, seine Arme umklammerten ihre zarten Schultern, als wollten sie sie zerstören. Aber sie fühlte keinen Schmerz, nur — Glück.

Plötzlich ließ er sie los, und wieder verdüsterte unheimlicher Ernst sein Gesicht.

Marei — wirst Du an Dein Versprechen wohl denken, auch wenn —"

Sie wartete vergeblich auf den Schluß. Er schien sich mitten im Sprechen anders besonnen zu haben, sah stumm auf sie nieder und streichelte ihr blondes Haar, das sich überall wie ein Heiligenschein um das kleine Gesichtchen rundete.

Fortsetzung folgt.

Märchenbücher.

Die Tage wollen immer härter, die Menschen anscheinend stetig nüchterner werden. Die Willenspflege geschieht nur mehr in der einseitigen Form der Entfaltung eines brüsken Egoismus und einer rücksichtslosen Machtanbetung. Der Verstand scheint nur noch ein Instrument zu sein, um mit unerhörtem Raffinement die Grenzen von Recht und Unrecht zu verunsichern. Wo bleibt der bestimme, der unverkennbare Mensch? Wo kann noch die Seele ihre Schwingen breiten zum Fluge in das Land des Geheimnisses, des Wunders? Was ist der Mensch armelig geworden, wenn er das Staunen abgeworfen hat, das Schaudern, die Erfurcht vor dem Unfaßbaren, wenn ihm alles begreiflich, alles beherrschbar geworden ist? Sorgen wir dafür, daß unsere Kinder nicht ähnlich einsichtig heranwachsen, daß ihr Organ für das Heimliche, das Verwunderliche, das Anstaunenswürdige, das übermenschliche nicht ganz verkümmere.

Einen prächtvollen Führer zur Weitung des inneren kleinen Menschen bietet die kostbare Fülle unserer deutschen, in weitem Umfang, der germanischen Märchen. Diese Schäfe in gediegenster Form nach Text, Papier und Illustration und dazu äußerst preiswert den Jungen und Erwachsenen aufs neue zugänglich gemacht zu haben, ist das große Verdienst des Verlages *Franz Schneider*, Berlin-Leipzig. Da sind bisher die *Grimmschen Märchen* in zwei Bänden erschienen. Zu dem Bande „Von Königen und Königskindern“ hat den Buchschmuck in kräftiger Holzschnittart Willy Füllner geliefert, den zweiten „Von glückhaften und geplagten Leuten“ hat die Künstlerhand Hans Loschens Phantasieart verjüngt. Ein Meisterwerk an Feinsinn, Überzeugung und unsentimentalem Erlebnisreichtum stellen die Erzählungen Sophie Neinhäns: „Von Sonne, Regen, Schnee und Wind“ dar. Ebenbürtig schließt sich ihnen die königliche Schnidderung Dr. M. Schidels von der „Käferklatsch in der Zohomiss nach“ an, die großartigen Szenen wieder aufs schönste von Loschens Pinsel festgehalten.

Die rühmlich bekannte schwedische Märchenerzählerin Anna Wahleberg ist in Schmidlers Verlag mit zwei Büchern vertreten. Im „Sonnebaum“ entzücken die feinen „Scheeren schnitte von Käte Wolff“, in ihren „Märchen aus Schloß und Hütte“ hat Loschens ganz reife Kunst gegeben.

Zum Schluß möchte ich noch aus der Fülle der trefflichen Jugendgeschichten Dr. Schmidlers auf die beiden Bücher „Unter Gnomen und Trollen im nordischen Märchenwald“ hinweisen, das eine in breiter Pinselmalerei mit kräftigen Farben von B. A. Müller, das andere in kindhaft artigem Stil von H. A. Lau illustriert. Hier ist Liebes- und Unerhötlisches, Feines und Höfliches, naturnahre Beobachtung und feinfühliges Phantastisches in buntem Wechsel wunderlich frisch nebeneinander gesetzt.

Diese vornehme Art, unsere beste germanische Poesie weiten Kreisen zugänglich zu machen, verdient unser aller Achtung und kräftige Unterstützung.

Der vorbildlich die Kinderliteratur pflegende Verlag J. Scholz-Meius hat auch für den diesjährigen Weihnachtstag eine Anzahl Bücher bereit, die nach Inhalt, Bildschmuck und Ausstattung musterhaft sind. Besonders die Allerkleinste sind liebevoll bedacht. Arpad Schmidhammer, der zu früh Geforbene, hat seinen humorvollen Stift der Kindlichkeit angepaßt, für die „Bade, bade Kuchen“, „Tanz, Kindlein tanz“ usw. bestimmt sind. Eine besonders schöne Gabe für größere Kinder ist das von Hans Schroeder zeichnerisch dargestellte Hölzleben (Nr. 97 der Künstlerbilderbücher). Es fehlt dieses Leben Jesu in die Gegenwart und verfehlt es dabei, alle Künsteferne zu erhalten, und den Begebenheiten zugleich den Schimmer religiöser Verklärung wie erhabenen Geschehens zu geben. Der gleiche Künstler hat mit Nr. 65 der Bilderbücherreihe „Wie ist die Erde doch schön“, ein

Werk von Richtscher Unigkeit und deutscher Seele gegeben. Sehr hübsch sind auch die vom Verlag Scholz herausgegebenen künstlerischen Spiele, die überdies — wie auch die Bücher — zu erschwinglichen Preisen zu haben sind. Es ist Kultur, was dieser Verlag bietet.

Im Ridla-Verlag, Wien-München, läßt Walter Rauders den „Blauen Kinderkalender“ erscheinen, der der größeren Jugend, so um die zwölf herum, ein Begleiter durchs Leben sein will. Sehr geschmackvoll ist der Einband. Tastlich bietet er eine reiche Fülle unterhaltsam-belebender Erzählungen, Reisebeschreibungen, dramatischer Szenen, Rätsel usw. Ganz besonders willkommen werden den jungen Freunden „Onkel Walter“ die dem Buch beigefügten Beilagen zu dem Schattenspiel der Onkel Reihe und den herrlichen Kleidern des Puppenverkaufshauses sein. Diese Schnitt- und Scheerenmuster auszuschneiden und nach den beigefügten genauen Anweisungen zu nähen und zum Schattentheater, zum Reisespiel selbst anzufertigen, wird ein ganz besonderes Vergnügen sein. Onkel Walter, der selbst offenbar sehr scharfe Augen hat, wird aber vielleicht in Zukunft gut tun, in fünfzig Kalendern die kleinen eingetragenen Illustrationen und mitunter auch den Schriftsat etwas höher und klarer zu wählen.

Posener Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 20. Dezember.

Verhaftung von Einbrecherbanden.

Der Posener Kriminalpolizei ist es am Sonnabend gelungen, eine schwere Einbrecherbande dingfest zu machen, die ihre unheimliche Tätigkeit in der Gegend von Birnbaum ausgeübt hatte. Zugleich waren sie bei den Landwirten Weber und Wilh. Schlinke in Rätzin in die Viehhäuser eingedrungen und hatten dort zwei wertvolle Schweine im Gesamtwert von 8 Rentnern an Ort und Stelle abgeschlachtet und die Beute unter sich geteilt. Die Verhafteten sind der 23jährige Arbeiter Stanislaus Braun, der 24jährige Schlosser Michael Racmarek, der 25jährige Heizer Franz Taczarek, der 26jährige Schlosser Kazimir Roszak, der 27jährige Monteur Kazimir Praczek, sämlich aus Posen. Sie hatten ihre Tätigkeit mit Revolvern in der Hand ausgeübt.

Vorgestern fielen auf dem Posener Hauptbahnhofe einem Kriminalbeamten drei Männer auf, die einen schweren Revolver trugen. Er untersuchte den Korb und fand darin wertvolle Kleidungs- und Wäschestücke. Die drei Männer gaben schließlich zu, daß die Sachen von einem Einbruchsbüro herrührten, den sie beim Güterdirektor Dr. Celichowski in Kürmis verübt hatten; sie waren auf der Reise nach Lissa begriffen, woher sie stammten. Die Festgenommenen sind die Brüder Stanislaus Tischkiele, 18 Jahre alt, Josef Tischkiele, 22 Jahre alt, und der 36jährige Stanislaus Rychowicz.

Die Auswandererzüge verfehlten im Monat Januar 1922 am 3., 13., 20. und 27. Januar. Im Monat Februar verfehlten sie am 3., 10., 17. und 24. Februar.

X Eine Schwindlerin die angeblich den Namen Oswald führt, aber unter verschiedenen Namen ihre Gestalt gegeben hat, hat in letzter Zeit eine Anzahl hiesiger Zigarettengeschäfte gehabt, indem sie für je 20–30 000 M. Zigaretten und Zigaretten einkauft, darauf eine kleine Abzahlung leistet und den größeren Rest am Nachmittag zu zahlen vertritt, was sie jedoch jedesmal „vergäß“. Geschädigte werden aufgefordert, sich beim 6. Polizeirevier zu melden.

X Hoteldiebstahl. Einer Dame, die in einem Hotel der Altstadt Wohnung genommen hatte, wurde dort ein Reiseflascher entwendet, einen Wechsel über 200 000 M. unterschrieben von M. Grabowski und ein solcher über 500 000 M. unterschrieben von Zwanzigk. ferner 10 Damenhemden, 8 Paar Unterbeinkleider, 8 Damenkästen, 3 Handtücher, gez. L. B. und F. B. 3 Bettbezüge, ein Kleid, ein Unterkleid und ein blaues Kleid im Gesamtwert von 900 000 M. gestohlen.

* Bromberg, 17. Dezember. Gestern abend wurde in der Neuhofer Straße (Nowoworska) 46 die Witwe Friederike Friederike ermordet aufgefunden. Sie lag auf dem Fußboden in der Küche. Aufsehend hatte der Mörder ihr zuerst mit einem stumpfen Gegenstand einen Schlag auf den Kopf versetzt, so daß zwar die Kopffront zerplatzt, die Schädeldecke aber nicht zertrümmt wurde. Nachdem die Frau auf diese Weise betäubt worden war, ist sie mit einer Scharr, die seit um ihren Hals geknotet war, erstickt worden. Die Ermordete stand in dem Huuse einer Wahrsagerin und beschäftigte sich mit Kartenlegen. Da die Schränke und Schubläden in ihrer Wohnung zum Teil durchwühlt waren, handelt es sich um einen Raubmord.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsnachricht unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ansonstweise und wenn ein Betriebsausfall mit freiem Beileiben besteht.)

S. W. Darüber sind bisher noch keine Bestimmungen erlassen worden. Es ist aber nach den bisherigen Erklärungen der zuständigen Stellen angunehmlich, daß einem Grundstücksnehmer nichts im Wege stehen wird, allerdings werden Sie zuvor die deutsche Reichsangehörigkeit durch Einbürgerung wieder erworben müssen.

P. S. 1. Ihr Sohn kann, da er am 10. Januar 1922 noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet hat, überhaupt nicht optieren. Wenn Sie als Vater nicht selbst für Deutschland optieren, bleibt Ihr Sohn, was er jetzt ist, polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität. 2. Das stimmt unseres Wissens nicht. 3. Das ist selbstverständlich nicht richtig. 4. Ihnen steht nach dem jetzt noch geltenden Mieterbuchgesetz vom 18. 12. 20 nur das Recht der Forderung von 200 M. G. der Vorriegsmiete für das von Ihrem Mieter anderweitig vermietete Zimmer zu.

J. S. 1. Ja. 2. Ja. 3. Das wissen wir nicht. 4. Das ist nicht zu befürchten.

J. D. in L. Die Option vor dem Starosten genügt. E. Sch. in S. Die vorzeitige Option, falls sie unter dem Zwange gejährt ist ungültig. Jedenfalls dürfen die Optierenden ein volles Jahr nach der Option, d. h. also bis zum 10. Januar 1923, in den Staat abwandern, für den sie optiert haben.

— L. G. S. 1. Der 18jährige Sohn gilt in diesem Falle ebenfalls als polnischer Staatsbürger. Es ist wohl anzunehmen, daß ihm bei einer späteren eventuellen Auswanderung keine Schwierigkeiten entstehen. 2. Das ist nicht anzunehmen; jedenfalls ist uns davon nichts bekannt.

G. A. in S. 1. Unseres Erachtens ist das Grundstück nicht liquidiert. 2. Das möchten wir stark befehligen. 3. Einem Verziehen nach Deutschland dürfte nichts im Wege stehen. Ob Sie dann Ihr Mobiliar usw. zollfrei mitnehmen dürfen, wissen wir nicht.

Hauptredaktion: Dr. Wilhelm Soenewinkel.

Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Soenewinkel; für Sport und Beobachtungen: Rudolf Herkowitz meyer, für den Angelegenheit: M. Grubmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt F. A. Lämmer in Bonn.

Es wird hiermit bekannt gegeben, daß die Märkte an Montagen auf dem Städtischen Schlachth- und Viehhof aufgehoben sind.

Magistrat IX.

Unsere Bureaus werden v. Sonnabend, d. 24. bis Montag, d. 26. d. Wts. geschlossen.

v. Neyman & Co.,

gerichtlich eingetragene offene Handelsgesellschaft.

Zentrale: Poznań, Piekary 5.

Platzvertreter in Kongresspolen und Galizien.

Geschäftszeit von 9–1 und 3–6 Uhr. [4364]

Kauf oder Pacht!

pole, akademisch gebildet, noch in Deutschland wohnend, sucht Kauf eines kleineren oder Pacht eines großen Gutes. Gott. kommt auch ein größerer Geschäftsgelande in Frage. Größere Mittel vorhanden. Offeren an Unnonen-Expedition „Poe“, Poznań, ulica Franciszka Ratajczaka 8, unter Nr. 12781. [Par 522]

Zu verkaufen: 2 fl. 4 j. Hunterstullen, ca. 129 m groß, bildschön, sehr flott, lammfrohm, von Kindern geritten. Dom. Ruchocice, Bahnhof. Pr. 220 000 M. Dom. Ruchocice, station.

Lebende Weihnachtstarpfen in allen Größen.

Hechte, Zander, Schleie, Bleie. Feinste Fett-Sprotten.

Räucherale, Räucherlachs, Lachsgeringe usw. — Nollmops, Delit-Heringe, Bratfische i. Marinade, Neunaugen, Fisch in Gelee, Lachs i. Gelee.

Poznańska Centrala Ryb Aleje Marcinkowskiego 5. Telephon 2571.

Engros - Verband nach außenwärts. [4367]

Herrshafft Görzno, Powiat Gorzno, Leżajno; sucht [4368]

verheir. Beamten, der selbstständig wirtschaften kann. Amtsrat zum 1. April 1922.

Engl. Stubenmädchen nicht zum 1. Jan.

Roth, Gütergutsbesitzer, Twierdzin b. Mogilno. [4333]

DOM BANKOWY

Jerzy J. Gronowski

Poznań, ulica 27. Grudnia Nr. II.

Telephon 2266 u. 2596. — Telegr.-Adr.: „Jegrodom“ Poznań.

Eröffnet Laufende-, Depositen- und Konto-Konten gegen Verzinsung bis zu 6% je nach Kündigungsfristen.

Lombardiert Waren und Wertgegenstände.

Übernimmt Wechsel und andere Inkassos sowie erledigt bankmäßige Aufträge aller Art.

Kauf fremde Valuten und Devisen.

Kommissionär für die Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa und sämtliche Devisenbanken.

Stellengeiste

Stellentausch!

Täglich Oberinspektor

mit hohem Gut aus intensiv

Haushalt- und Wirtschaft

Öster., taucht mit eben jolchem

Herren a. Posen od. Pomm.

Distr. zugehörig. Angebote

unt. P. f. Nr. 4331 an die

Geschäftsstelle d. Blattes erb:

Wandkalender M. 50.—

Lebenskalender, allgemeiner 250.—

(herausgegeb. vom Deutschumsbund)

Lebenskalender, landwirtschaftlicher 350.—

(herausgegeb. vom Verband deutscher Genossenschaften)

Wochenabreißkalender (Blockform) 200.—

Notizkalender (Taschenbuchform) 250.—

do. in Ganzleinen dauer-

haft gebunden 350.—

Der Verband nach auswärts erlägt gegen Einsendung

des Beitrages zusätzl. Verpackung (5.—), Porto als Ein-

schreibend (20.—) oder unter Rücksichtnahme (30.—) durch

Posener Buchdruckerei n. Verlagsanstalt A.-G.,

Poznań, ulica Zwierzyniecka (Tiergarten) Nr. 6.

Wiederverkäufer erhalten üblichen Rabatt.

Kalender 1922

sind erschienen und durch unsere Geschäftsstelle zu beziehen:

Wandkalender M. 50.—

Lebenskalender, allgemeiner 250.—

(herausgegeb. vom Deutschumsbund)

Lebenskalender, landwirtschaftlicher 350.—

(herausgegeb. vom Verband deutscher Genossenschaften)

Wochenabreißkalender (Blockform) 200.—

Notizkalender (Taschenbuchform) 250.—

do. in Ganzleinen dauer-

haft gebunden 350.—

Der Verband nach auswärts erlägt gegen Einsendung

des Beitrages zusätzl. Verpackung (5.—), Porto als Ein-

schreibend (20.—) oder unter Rücksichtnahme (30.—) durch

Posener Buchdruckerei n. Verlagsanstalt A.-G.,

Poznań, ulica Zwierzyniecka (